

Antrag

**der Abgeordneten Angelika Beer, Amke Dietert-Scheuer, Dr. Uschi Eid,
Dr. Angelika Köster-Loßack, Wolfgang Schmitt (Langenfeld) und der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Keine Hermes-Bürgschaften für Algerien

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Seit 1991 ist die algerische Zivilbevölkerung einem Bürgerkrieg ausgesetzt, der mehr als 50 000 Menschen das Leben gekostet hat. Allein in den letzten Wochen fielen mehr als 500 Zivilistinnen und Zivilisten gewalttätigen Anschlägen in Algerien zum Opfer.

Bisher hat die algerische Regierung jede Verhandlungslösung abgelehnt und bekämpft die islamistische Strömung mit militärischen Mitteln. Dies führte jedoch zu einer weiteren Eskalation der Gewalt in Algerien und zu immer neuen Opfern unter der Zivilbevölkerung.

Auch internationale Appelle und Vermittlungsangebote wie von seiten des UN-Generalsekretärs Kofi Annan wurden als Einmischung in interne Angelegenheiten zurückgewiesen und abgelehnt.

Es ist mittlerweile zudem unklar, ob allein radikal-islamistische Kräfte hinter den Anschlägen stecken. Der Verlauf der jüngsten Anschläge deutet darauf hin, daß algerische Sicherheitskräfte nicht nur nicht zum Schutz der Zivilbevölkerung eingeschritten sind; vielmehr gibt es Anzeichen, die nahelegen, daß Teile des Militärs nicht an der Befriedung des Konfliktes interessiert sind, die Gewaltspirale gezielt anheizen und selbst in Anschläge involviert sind.

Trotz des begründeten Verdachts, daß das algerische Militär in die Anschläge verwickelt ist und trotz der Tatsache, daß die algerische Regierung zivile Konfliktlösungsansätze ablehnt, hat die Bundesregierung rd. 4,5 Mrd. DM in Form von Hermes-Bürgschaften für bereits zugesagte Algerien-Geschäfte bewilligt und weitere rd. 990 Mio. DM für Geschäfte, die sich noch im Verhandlungsstadium befinden. Diese beinhalten Ausfuhrbürgschaften für die Lieferung von Motoren für Küstenschutzboote an das algerische Verteidigungsministerium in Höhe von 8,9 Mio. DM einschließlich Zinsen.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf:

1. die Verhandlungen über Hermes-Bürgschaften für die Lieferung von Küstenschutzbooten einzustellen,
2. keine Hermes-Bürgschaften für Algerien-Geschäfte mehr zu gewähren, solange der Konflikt in Algerien nicht friedlich beigelegt ist und die Menschenrechte von der algerischen Regierung geschützt und selbst eingehalten werden und
3. ein formalisiertes Verfahren zur systematischen Erfassung und Gewichtung von ökologischen, sozialen, entwicklungs- und friedenspolitischen Faktoren und Kriterien bei der Vergabe von Hermes-Krediten einzuführen.

Bonn, den 23. September 1997

Angelika Beer

Amke Dietert-Scheuer

Dr. Uschi Eid

Dr. Angelika Köster-Loßack

Wolfgang Schmitt (Langenfeld)

Joseph Fischer (Frankfurt), Kerstin Müller (Köln) und Fraktion